



Die Kalaschnikow als Büroschmuck und der Rechte Sektor als Ordnungsmacht

**Nachricht von Wolfgang Gehrcke, Andrej Hunko, 24.
November 2014**

Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko mit
Hinterbliebenen der mehr als 60 beim Massaker am
2. Mai 2014 im Gewerkschaftshaus in Odessa
Ermordeten

Von Michael Schlick, Odessa

Der letzte Teil ihrer Ukraine/Russland-Reise führte
Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko ans Schwarze
Meer, nach Odessa. Sie wollten in erster Linie mit den
Angehörigen der Opfer des Massakers vom 2. Mai
reden und sich nach dem Stand der Aufklärung
erkundigen. Doch bis es soweit war, hatten beide
einige ungeheuerliche Erlebnisse. Es fing mit der
Dolmetscherin an, die von der deutschen Botschaft in
Kiew vermittelt worden war. Gleich nach der
Begrüßung dozierte sie über den Rechten Sektor und
dessen positiven Wirkens für die Gesellschaft in der
Ukraine. Er sei ein Kontrollorgan und schaffe Ordnung

in diesen chaotischen Zeiten, so die Dolmetscherin über die Nazi-Combo, von der angenommen wird, dass sie eine große Aktie am Massaker im Gewerkschaftshaus hat. Zudem forderte sie die deutschen Parlamentarier auf, auch mit den rechten Schlägern das Gespräch zu suchen. Das war dann doch des Guten zuviel, und Wolfgang Gehrcke machte der Dame eine Ansage, die wirkte.

Mit ähnlich seltsamen und nicht gerade rechtsstaatlich klingenden Sprüchen wartete kurz darauf Andrej Jussow auf. Das hochrangige Mitglied der Udar-Partei von Vitalij Klitschko steht im Verdacht, an den Unruhen vom 2. Mai organisatorisch nicht ganz unbeteiligt gewesen zu sein. Außerdem findet der Funktionär, dessen Partei letztendlich, so sagen Insider, ein Produkt der deutschen, CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung ist, dass man dem Massaker am 2. Mai auch etwas Positives abgewinnen könne. Schließlich sein dadurch verhindert worden, dass eine ähnliche separatistische Bewegung entstehen konnte wie in Donezk oder Lugansk. Aber natürlich, so das Lippenbekenntnis des Klitschko-Parteigängers, müsse man die Vorgänge vom 2. Mai aufklären. Seine Partei könne, da nicht in der Regierung, nicht viel dazu beitragen. Als Wolfgang Gehrcke schließlich noch das Modell einer Kalaschnikow im Regal des Politikers entdeckte, war es vorbei mit der Geduld der deutschen Delegation. „So etwas in einem Abgeordnetenbüro zu präsentieren, steht in Deutschland unter Strafe, das ist unmöglich“, erklärte Wolfgang Gehrcke in eher unfreundlichem Ton. Da hat wohl die Adenauer-Stiftung vergessen, dem Udar-Funktionär zu sagen, dass man derlei martialischen Büro-Schmuck besser aus dem Regal nimmt, wenn deutsche Abgeordnete zu Besuch kommen. ‚Was wollen Sie?‘, so die Entgegnung des Klitschko-Jüngers, ‚Die Originale geben wir unseren Menschen auf ihrem Weg in die

Freiwilligenbataillone mit.' Wenn Eins und Eins zusammengezählt wird, darf man unterstellen, dass die Partei der Konrad-Adenauer-Stiftung sowohl am Massaker in Odessa als auch bei der Entsendung und Bewaffnung der Freikorps, die im Osten der Ukraine im Einsatz sind, beteiligt ist. Der rechte Sektor in der Ukraine umfasst weit mehr als die Parteien, über die in Deutschland dabei geredet wird.

Zwei weitere Gesprächspartner der Linkenpolitiker vertraten auf ihren Gebieten auch eher befremdliche Auffassungen. Da war Professor Sergii Glebov vom Institut für Sozialwissenschaften, der Andrej Hunko ins Staunen versetzte. Er behauptete allen Ernstes, dass die Ukraine-Krise nur durch einen Aufstand in Russland, einen Kreml-Maidan, gelöst werden könne. Inwieweit das Institut des Professors von der CIA finanziert wird, konnte noch nicht eruiert werden. Auch der Gewerkschaftsfunktionär, der mehr über die materiellen Schäden am Gewerkschaftshaus und wer denn wohl schadensersatzpflichtig sei, als über die Aufklärung des Verbrechens am 2. Mai, sprach, löste bei Wolfgang Gehrcke Befremden aus.

Ohne großartige Erkenntnisse endeten die Gespräche mit je einem Vertreter der Stadt- und der Gebietsverwaltung. Allerdings wurde auch hierbei das ganze große Engagement bei der Aufklärung des Mai-Massakers vermisst. Wesentlich gehaltvoller war das Zusammentreffen mit Oleksander Kifak, dem Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Odessa. Kifak sieht trotz aller Probleme und trotz des blutigen Bürgerkrieges die Chance, dass die Ukraine als Staat in der jetzigen Form weiter bestehen bleibt.

Sehr emotional für alle Beteiligten war schließlich das Treffen von Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko mit Müttern und weiteren Angehörigen von Opfern des Massakers. Sie fordern eine lückenlose Aufklärung des Verbrechens am 2. Mai. Ihr Zusammenschluss wird von Anwälten unterstützt und soll auch das

Staatsversagen oder gar eine staatliche Beteiligung ermitteln. Schließlich hat es zum Beispiel nach Ausbruch des Brandes über 40 Minuten gedauert, bis die Feuerwehr trotz sofortiger Alarmierung vor Ort war. Und das, obwohl ihr Revier nur wenige hundert Meter vom Gewerkschaftshaus entfernt ist. Auch die Zuschauerrolle einiger Milizionäre, die bei dem Massaker vor Ort waren, muss noch genau untersucht werden. Offensichtlich waren auf den Dächern in der Nähe des Gewerkschaftshauses auch Scharfschützen positioniert, die noch bevor die Demonstranten sich in das Gewerkschaftshaus flüchten konnten, acht Menschen erschossen haben. Andrej Hunko, der sich in den vergangenen Monaten intensiv für die Aufklärung des Massakers eingesetzt hat, versprach den Frauen auch weiterhin jede mögliche Hilfe.

Mit welchen Widerständen die Hinterbliebenen zu kämpfen haben, wurde beim Besuch des Platzes vor dem Gewerkschaftshaus deutlich. Unbekannte hatten in der Nacht zuvor zum wiederholten Mal die Gedenktafel mit den Fotos der über 60 Ermordeten umgerissen. Im Vorfeld des Besuches und der Kranzniederlegung durch die beiden MdB gab es Befürchtungen, dass der Rechte Sektor die Veranstaltung massiv stören wollte. Zum Glück blieb es ruhig.

Die Atmosphäre vor dem Gewerkschaftshaus in Odessa, die Blumen und Kerzen der Trauer und die niedergerissenen Gedenktafeln mit den Bildern der Opfer ist symptomatisch für die Atmosphäre in der Ukraine. Krieg herrscht dort, nicht nur in den Gebieten, wo der offene Bürgerkrieg Tausenden Menschen Leben und Gesundheit raubt.

